

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die Sache ist halt so ... Walska mit Ratsuchendem.

Stanislaw Wronski, Chefredaktor von «Nowe Drogi» und Leiter der Freundschaftsgesellschaft mit der Sowjetunion, hat beim ZK-Plenum vom 9. Februar die einseitige Revision der grundlegenden Abkommen mit den Arbeitern verlangt. Sie seien nicht zu erfüllen und dürften nicht länger in Kraft bleiben.

Die Politbüro-Mitglieder Tadeusz Grabski und Jan Barcikowski, von weiteren Rednern inhaltlich unterstützt, beschuldigten die Solidarnosc der Konterrevolution und der Gefährdung des Sozialismus.

Was die Gefährdung des Sozialismus angeht, kann der Genosse Barcikowski die grössten Verdienste für sich beanspruchen. Als Fachmann für Agrarfragen hat er einen Hauptbeitrag zur heutigen Nahrungsmittelkrise geleistet. Aber darum hat er sich nie gekümmert. Für ihn ist es

Konterrevolution, wenn die Arbeiter in Jelenia Gora (Hirschberg) durchsetzen, dass das Luxuserholungsheim «Granit» auch für gewöhnliche Leute zugänglich wird, und nicht nur für gehobene Leute aus Partei und Sicherheitsdienst.

Aber natürlich geht es um mehr. Nach sozialistischem Brauch muss das Politbüro der Partei die wahre Entscheidungsinstanz sein. Dort wird traditionellerweise alles von ein paar publizitäts-scheuen Oligarchen nach ihrem Gutdünken festgelegt und dann den theoretisch zuständigen Instanzen zur beschlossenen Ratifikation vorgelegt. Im Politbüro gipfelt das Prinzip der totalitären Macht.

Und heute sitzen die Politbüro-Mitglieder da wie Generäle ohne Divisionen. Die Transmissionsriemen sind gerissen. Was dem höchsten Parteipremium bleibt, ist die Drohung mit der sowjetischen Intervention. Die Drohung ist real genug, das erpresserische Spiel damit erbärmlich.

Wie die Sache ausgehen wird, weiss man nicht. Es ist eine neue Sache.

Die neue polnische Arbeiterbewegung bildet in dieser Welt eine Ausnahme. Erstmals in der Geschichte entsteht eine Arbeiterbewegung, die durch tatsächliche Arbeiter geführt wird.

Im Osten wie im Westen sprechen die Machthaber oder die marxistischen Führer im Namen der Arbeiterklasse, aber mit dem Proletariat aus Fleisch und Blut haben sie nichts gemein. Intellektuelle Söhne von Aristokraten und Millionären manipulieren die Arbeiterbewegung und behandeln die Leute an der «Basis» wie unmündige Kinder.

Eine spontane Arbeiterbewegung unter der Leitung der Arbeiter selbst ist ein geschichtliches Novum. Kann sie auch eine geschichtliche Wende werden? Leider ist in Rechnung zu stellen, dass die *erlogene* Arbeitermacht das nicht zulassen wird.

ddm/cb

In Kürze

«Im Sozialismus widerspricht das gesellschaftliche Interesse den Individual- und Gruppeninteressen nicht. Zu Widersprüchen kommt es lediglich in der Praxis.» («Uj szo», Bratislava, 12. 11. 1980)

Dass das ohne jede Ironie gemeint ist, ergibt sich aus den anschliessenden Sätzen: «Das Klasseninteresse gehört in eine andere Kategorie. Die gesellschaftliche Klasse ist nicht die mechanische Einheit ihrer Individuen. Die Interessen der Arbeiterklasse werden nicht dadurch erschöpft, dass ihre Vertreter Anspruch auf einen immer grösseren Teil der verteilten Güter erheben. (...) Die Arbeiterklasse würde ihre historische Rolle nicht verwirklichen, wenn sie nach dem Sieg der Revolution gegen die übrigen Mitglieder der Gesellschaft kämpfen würde. (...) Die Arbeiterklasse drückt das Interesse der gesamten Gesellschaft aus und verwirklicht sie.»

Der langen (und im Original noch längeren) Rede kurzer Sinn: Es ist nicht Sache der Arbeiter, die Interessen der Arbeiterklasse zu definieren.

*

Die «sozialistische Revolution» entmachtet angeblich die oberen Zehntausend, aber dann zählt man Millionen von Flüchtlingen, obwohl nur ein Bruchteil der Bevölkerung in der Lage ist, überhaupt fliehen zu können.

Gewaltige Flüchtlingszahlen gibt es nicht nur aus Vietnam (plus Ablagen) und Afghanistan. In Somalia allein befinden sich weit über eine Million Flüchtlinge aus Aethiopien.

Humanitäre Hilfe ist hier bloss Symptombehandlung. Es gilt, die herrschende Ordnung zu stürzen, welche die Bevölkerung ermordet oder vertreibt. Warum wird diese Logik nur im Falle von nicht-kommunistischen Diktaturen anerkannt? Weil die «sozialistischen» Staaten keine Millionen von Flüchtlingen aus den reaktionären Diktaturen aufzunehmen brauchen? Sie konzentrieren ihre Energie darauf, das Feindregime durch eine Diktatur ihres Typs unter ihrer Kontrolle zu ersetzen.

*

In China hat man die Grundschulbildung wieder auf 6 Jahre ausgeweitet, nachdem sie während der Kulturrevolution auf 5 Jahre gesenkt worden war. Das Bildungsniveau ging laut «Beijing Rundschau» in jenen Jahren stark zurück. So sprach ein Beijinger (Pekinger) Kind, als sein Vater eine Dienstreise nach Shanghai unternahm, von einer Auslandsreise.

*

Ein langer Beitrag von «Uj szo» (Bratislava) über die Arbeiterpolitik enthält folgenden Passus: «In den Ländern, in denen die Führung bei der Bourgeoisie liegt, können die Werktätigen die Politik lediglich bei den Wahlen beeinflussen. Bei diesen Wahlen entscheiden sie aber — wie dies schon Lenin festgestellt hat — bloss darüber, welche der zahlreichen Vertreter der Bourgeoisie die Macht für die nächste Periode ausüben sollen.» Da werden sich aber zum Beispiel in Frankreich die KPF und ihr Präsidentschaftskandidat Marchais freuen, diese bourgeoisen Vertreter. ■

Faschisten gegen Ost-Institut

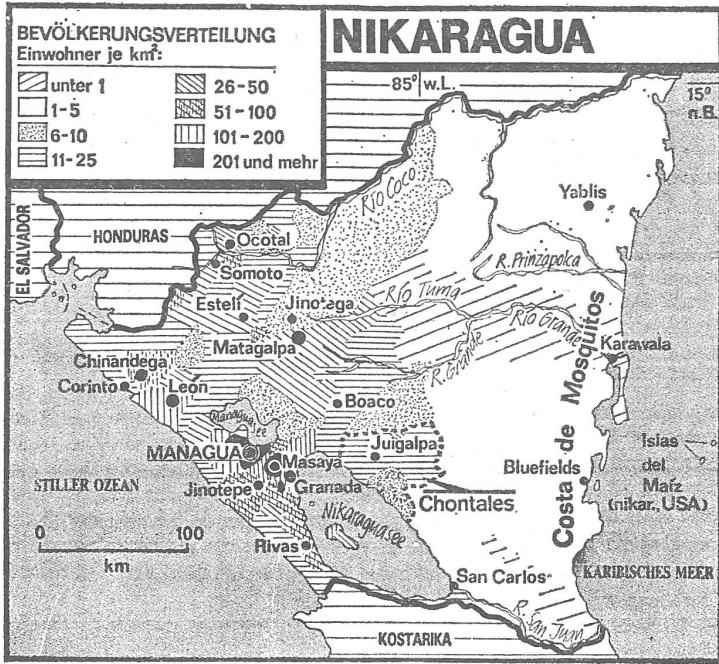
In der Nacht auf den 20. Februar haben die bekannten Unbekannten das Domizil des Ost-Instituts verschmiert.

Das hatten Unbekannte schon vor zehn Jahren getan. Damals schrieben sie: «Westmoreland go home.» — Wir schrieben daneben: «Und vergiss uns nicht in der Not — 1914/18, 1939/45.»

Jetzt haben sie uns als «US-Schwein» bezeichnet und damit eine Grenze überschritten. Man hört das Signal und kennt das Bild.

Wir haben wiederum geantwortet. Nämlich:

So schreiben Rotfaschisten — bei Hitler hiess es «Judenschwein»



Nicaragua, sozusagen ein Wirbel am mittel-amerikanischen Rückgrat, nimmt eine strategische Position ein. Zurzeit verschliesst es sich als Festung gegenüber den Menschenrechten, öffnet aber seine Ausfalltore, um über die Bucht von Honduras hinweg den Aufständischen von El Salvador internationalistische Hilfe aus Kuba und der Sowjetunion zu vermitteln. Wie diese Hilfe aussieht, wenn sie sich als Macht etabliert hat, wird die Bevölkerung von El Salvador erst nachher erfahren.

von Sondergerichten. Diese hatten die theoretische Aufgabe, Leute abzuurteilen, die im Dienste von Somoza gestanden waren. Und praktisch hatten sie immer mehr auch die Aufgabe, unliebsame Elemente zu Somoza-Anhängern zu erklären und dann zu verurteilen.

Ende letzter Woche hat Managua die Abschaffung jener Sondergerichte bekanntgegeben; offen bleibt die Frage der aussergerichtlichen «Justiz».

Nicaragua ist erst auf dem Weg, ein richtiger sozialistischer Staat zu werden; es gibt keine Todesstrafe. Dafür gibt es — wenn auch nicht offiziell — viele Menschen, die seit ihrer Verhaftung verschollen sind. Die Menschenrechtskommission hatte seit Juli 1979 (Sieg der Revolution) 600 solcher Fälle registriert. Die Aufgabe, nach Verschollenen zu suchen, habe sich erst in der «Nach-Somoza-Zeit» gestellt. Somoza scheint übertroffen zu werden.



Man begreift, dass das neue Regime eine von ihm unabhängige Menschenrechtskommission nicht mehr dulden wollte. Aber schon zuvor hatte es auch ausserhalb Nicaraguas und ausserhalb des Sowjetlagers (das für das politische Modell Nicaraguas zuständig ist) menschliche Gewissensinstanzen gegeben, die von der CPDH nicht mehr wissen wollten; das hehre Bild der Revolution soll ungetrübt erhalten bleiben.

Die FAZ hatte am 13. Februar (unmittelbar bevor das nicaraguanische Einschreiten gegen die Kommission bekannt wurde) über ein Gespräch mit zwei CPDH-Leitern, Martha Baltodano und Xavier Zaballo, berichtet. Lesen wir mit:

«So habe der Weltkirchenrat in Genf damals (zur Zeit Somozas) seine Hilfe angeboten und der Kommission nahegelegt, einen Unterstützungsantrag zu stellen. Daraufhin habe der Weltkirchenrat 10 000 Dollar überwiesen. Auf weitere Ueberweisungen, die aufgrund einer danach getroffenen Vereinbarung vom Weltkirchenrat zugesagt worden seien, habe die Kommission nach dem Sieg der Revolutionäre aber vergebens gewartet. Der Geschäftsführer der Menschenrechtskommission habe im November 1979 von Vertretern des Weltkirchenrates dafür lediglich die mündliche Erklärung erhalten, der Kirchenrat sei an weiterer Unterstützung nicht interessiert; man konzentriere sich jetzt auf die Entwicklung in El Salvador.»

Die Konzentration auf El Salvador wird dann auch aufhören, wenn dort erst einmal die alternative Diktatur etabliert ist. Die Opfer kommunistischer Diktaturen will der Weltkirchenrat lieber verschollen sein lassen. Ohne Vermisstmeldung, denn er vermisst sie nicht. Ein Christ muss über die Widerwärtigkeiten hinweg nach oben blicken können: auf die heile Welt der gottgewollten Revolution.

Inzwischen lassen internationale Organisationen und westliche Regierungen dem «revolutionären» Nicaragua ihre Hilfgelder zukommen. Oder unsere Hilfgelder, wie man es nimmt. Irgendwie müssen die Auslagen der Sondergerichte ja gedeckt werden. Aber dafür spart man ja jetzt wenigstens die Auslagen für eine Menschenrechtskommission.

Vielleicht ist am Ende wirklich die Revolution nötig. Die alternative Revolution. cb

Unsere Meinung

Menschenrechte ex Nicaragua

Der Menschenrechtskommission in Nicaragua hat man ihre Tätigkeit verboten und ihr Material polizeilich beschlagnahmt. Warum? Weil sie den Menschenrechtsverletzungen ebenso opponierte, wie sie es zur Zeit der Somoza-Diktatur getan hatte. Die sandinistischen Befreier haben sich zu härteren Herren entwickelt als ihre Vorgänger.

Die «Comision Permanente de Derechos Humanos de Nicaragua» (CPDH) war 1977 gegründet worden und versuchte in Managua, die Bevölkerung gegen die Grausamkeit des Somoza-Regimes zu verteidigen. Insbesondere half sie politischen Häftlingen. So zum Beispiel einem eingesperrten Revolutionär namens Tomas Borge Martinez. Heute ist er Innenminister der Revolutionsregierung, der Mann, der für polizeiliche Konfiszierungen zuständig sein muss.

Zur Zeit von Somoza wurden die CPDH-Mitglieder von Regimeseite als «Kommunisten» beschimpft, fanden dafür aber internationale Anerkennung und Unterstützung. Heute beschimpft man sie als «Konterrevolutionäre». Aber man beschimpft sie nicht nur, sondern geht auch gegen sie vor. Und ihre internationalen Unterstützer von damals wollen von der Sache nichts mehr wissen.

Der Irrtum der Kommission bestand darin, dass sie glaubte, man dürfe auch nach der Revolution für die Menschenrechte eintreten. So hatte sie sich für die Mitarbeiter der weit links stehenden Zeitung «El Pueblo» eingesetzt, als man sie verhaftete und ihre Publikation verbot. Links gilt zwar dort offiziell als richtig, aber es muss auch die offizielle Linke sein. Das Regime hatte halt

befunden, das Blatt sei aus «trotzkistischem Geist» heraus konterrevolutionär tätig geworden.

Und wenn man oben die Diagnose auf konterrevolutionäre Gesinnung gestellt hat, dann darf und muss verhaftet werden. Das heisst das geltende Recht. Denn das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Ordnung stellt ohne weitere Präzisierung alle mündlichen und schriftlichen Aeusserungen «gegen die Revolution» unter Haftdrohung.

Die Menschenrechtskommission wollte sich also um das Schicksal dieser und anderer politischer Gefangenen kümmern, deren Zahl sie (für Ende 1980) auf 5000 bis 6000 schätzte. Es gibt darunter ehemalige Somoza-Leute. Und in zunehmendem Masse Somoza-Gegner aus falschen Gründen. Zum Beispiel christliche Gewerkschaftler, die geglaubt hatten, die Revolution bringe auch Gewerkschaftsfreiheit.

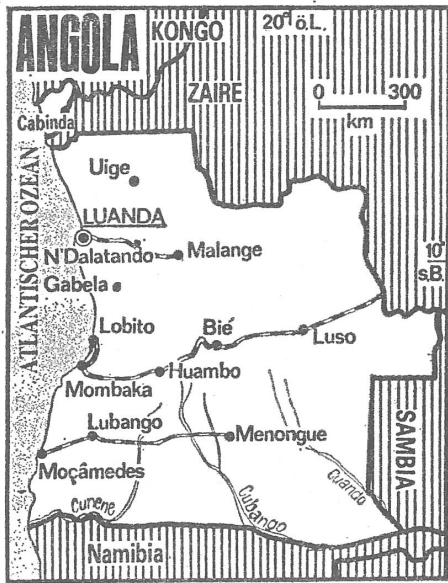
Häufig sind die politischen Gefangenen die Opfer



Importeur feiner Qualitätsweine

Feinste Qualitäten werden im In- und Ausland ausgesucht und in unseren Kellereien gepflegt. Erfreuen Sie sich und Ihre Gäste mit einem edlen Tropfen! Verlangen Sie bitte unsere Preisliste.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55



Der Kommentar

Westsanierung für Angola ?

Nach einem guten halben Jahrzehnt MPLA-Regime öffnet Angola seine Tore zum Westen und lädt kapitalistische Interessenten zum Investieren ein. Offenbar genügt das tüchtige Westgeschäft mit dem Erdöl der Enklave Cabinda noch nicht, um die hohen Militär- und Polizeikosten zu decken.

Dem Land der Leute geht es schlecht. Die Sowjetunion ist weder fähig noch willens, ihrem Protektorat die erforderliche wirtschaftliche Unterstützung zu geben — oder auch nur seine Einwohner zu nähren. Da soll jetzt der Westen aus- helfen.

Moskau konzentriert sich darauf, mit Waffen, Beratern und Satellitentruppen das Land «befriedet» zu halten. Die Guerilla-Bewegung der Unita kämpft mit Unterstützung der Bevölkerung noch immer auf dem Lande und kontrolliert weite Gebiete ausserhalb der Städte. Aber sie ist international isoliert und hat keine Aussicht auf Befreiung des Landes, wenn sie nicht Hilfe erhält. Städte und staatliche Verwaltungen werden von einem Sicherheitsdienst kontrolliert, der (zum Teil mit DDR-Bemannung) völlig unter sowjetischer Kontrolle steht.

Der Entscheid, Angola wirtschaftlich dem Westen zu öffnen, ist sowjetisch. Das entspricht der Politik, die zurzeit in einer wachsenden Zahl von

sowjetisch dominierten Ländern der Dritten Welt ausprobiert wird: die wohlverstandene Arbeitsteilung. Das Sowjetlager kümmert sich um politische, militärische und sicherheitsdienstliche Kontrolle und gewährt hierzu jede nötige Hilfe. Der Westen soll dafür wirtschaftliche Wiederbelebung treiben, wenn das Land vom kommunistischen Systemexport ausgeblutet ist: eine willkommene Entlastung.

Zu den tatsächlich kapitalistischen Exponenten des Westens ist man lieb (hingerichtet werden bloss die nichtkapitalistischen Anhänger freier Strukturen im Lande selbst): Luanda verheisst den geneigten Investoren eine ansprechende Rendite.

Noch gibt es im Westen politische Bedenken wegen der Kubaner (20 000 Kombattante, 30 000 insgesamt) in Angola. Und da vermag Luanda eine feierliche Beruhigung abzugeben. Die brüderlichen Truppen würden bloss einweilen noch gebraucht, um die südafrikanischen Aggressionen im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Namibia abzuwehren; sobald Namibia seine Unabhängigkeit erlangt habe (was nach der Genfer Namibia-Konferenz übrigens noch eine Weile dauern kann), werde man ihre Dienste nicht mehr in Anspruch nehmen. So der MPLA-Sekretär Lucio Lara in einer kürzlichen Rede.

Das Versprechen mag glauben, wer will; es ist ohnehin höchstens für westliche Politiker gut genug. Und zuständig für den Abzug ist Moskau und nicht Luanda. Aber was die gegenwärtige Hilfe der Kubaner (und anderer Hilfskräfte des Sowjetlagers) angeht: Sie werden nicht gegen südafrikanische Invasionskräfte benötigt, sondern gegen die angolische Bevölkerung, die das MPLA-Regime schon längst hinweggefegt hätte, wenn es nicht ausländisch gestützt wäre.



Bei der Gelegenheit ist es gut, einen Blick auf die Situation in Mozambique zu werfen. Seit der

Machtübernahme des Frelimo-Regimes gibt es dort eine Aufstandssituation in den Nordprovinzen. Zur Zeit des Smith-Regimes in Rhodesien (dem heutigen Zimbabwe) wurde die Rebellion als rhodesische Revancheoperation erklärt, zurückzuführen auf die Unterstützung, die Mozambique der Zanu-Befreiungsbewegung von Mugabe angeeignet liess. Diese Erklärung war weiterhin angenommen worden.

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass sie falsch gewesen sein musste. Seit einem Jahr gibt es das rhodesische Smith-Regime nicht mehr, aber immer noch den Aufstand in Nordmosambique.

Die Oppositionsbewegung nennt sich Movimento Resistencia de Moçambique (MRM). Die Rebellen widerstehen noch immer der unendlich überlegenen Feuerkraft der Regimekräfte, denen Sowjets, Kubaner und Tansanier nachhelfen. Und der anhaltende Widerstand ist offenbar nur möglich, weil er von der eigenen Bevölkerung getragen wird.



Sowohl in Angola als auch in Mozambique gibt es eine schwarze Befreiungsbewegung gegen eine bewaffnete Kolonialherrschaft. Warum darf man diese politisch und materiell nicht ebenso unterstützen wie die Aufständischen in El Salvador? Wir können — so lautet eine Begründung — doch nicht gemeinsame Sache mit den weissen rassistischen Regimes in Südafrika machen. Nun, die (seinerzeitige) rhodesische oder südafrikanische Schützenhilfe für die Aufstandsbewegung fällt weniger ins Gewicht als die sowjetische und kubanische Erbhilfe in El Salvador; das Argument hat also die falschen Proportionen.

Aber die ganze Begründung ist ohnehin eine Ausrede. Südafrika unterstützt zum Beispiel weder die Aufstandsbewegung in Afghanistan noch in Äthiopien. Und wir lassen diese trotzdem fallen. Kann man sich nicht wenigstens die Hypokrisie sparen?
— Ian Tickle

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.- (Ausland sFr./DM 42.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name _____	Vorname _____
Strasse _____	PLZ, Ort _____
Datum _____	Unterschrift _____

FACETTEN

zum Alltag drüben

Leselager ohne Lektüre

In vielen Ländern möchte man gern die Bevölkerung wieder vermehrt zum Lesen anhalten. Aber in Ungarn gibt es sogar eine Institution dafür: die Leselager. Und ausgerechnet jetzt stellt man dort die Frage, ob es überhaupt einen Zweck habe, das Experiment weiterzuführen («Magyar Nemzet», 23.1.1981). Aber so kulturfeindlich, wie man meint, ist die Frage nicht, im Gegenteil. Die Zweifler nehmen nämlich bloss daran Anstoss, dass es in den Leselagern nichts zu lesen gibt.

Auf die Entdeckung war man im letzten Herbst gekommen. Damals berichtete die literarische Zeitschrift «Napjaink» (9.9.1980) über einen dreitägigen Besuch in einem Leselager für Berufsmittelschüler in der Provinz Tokaj. Diese drei (ersten) Lagertage verliefen angeregt (falsch geraten, Gourmet: nicht wegen des Tokajers; der wird exportiert), aber eben ohne jede Lektüre.

Daraufhin nahm man noch ein paar weitere Lager unter die Lupe und kam darauf, dass in einigen Fällen die Teilnehmer vom ersten bis zum

letzten Tag auch nicht eine Zeile aus auch nur einem Werk zu lesen gekriegt hatten.

Was trieb man denn stattdessen in den Leselagern? Nun, man organisierte Spiele. Und zwar Spiele, welche «einerseits die Phantasie der Lernenden auf die Realität hinlenkten und andererseits den Sozialisierungsprozess erleichterten und insgesamt die Prinzipien der sozialistischen Aesthetik vermittelten». Das tönt fast so hoch wie sozialpädagogische Artikulationen bei uns, aber weil man in Ungarn den Sozialismus schon hat, umschreiben die hohen Sätze vielleicht eher die Möglichkeit, dass man Eile mit Weile spielte. Die Einrichtung der Leselager war 1968 entstanden, im Rahmen einer landesweiten Bewegung unter dem Namen «Olvaso Nepert Mozgalom»



Das Gutenachtgeschichtlein aus der Zeitung («Ludas Matyi», Budapest, Nr. 38/1980). Nicht gerade die ideale Anleitung zum Lesen.

(für ein lesendes Volk); das Patronat hatte unter anderem die Patriotische Volksfront, das heisst jene Organisation, die gemäss Parteivorschlag jeweils die Einheitsliste für Wahlen präsentiert.

Die ursprüngliche Initiative stammte vom Schriftstellerverband, der sich gleichzeitig verpflichtete, dabei die «Richtlinien» der Partei zu beachten. Und daraus ergaben sich schon von allem Anfang an Divergenzen (Zielkonflikte auf Westsoziologisch), über die damals die Presse übrigens durchaus berichtete.

Partei wie Schriftstellerverband hatten Remedur für ein rückläufiges Interesse der Bevölkerung an der Lektüre schaffen wollen, aber während es dem Schriftstellerverband darum ging, dem guten Buch neue Freunde zu gewinnen, sollten nach Vorstellungen der Partei die einfachen Massen endlich Zugang zum marxistischen Denken finden. Darüber hinaus galt es für das Regime, mit der Lesekampagne einem dringenden wirtschaftlichen Anliegen nachzukommen. Z.B. ist die Hälfte der Arbeiterschaft nicht imstande, den Vorbedingungen zu beruflichen Umschulungsprogrammen zu genügen.

Die einen hatten also mit den Leselagern die Hebung des kulturellen Niveaus im Sinn, die ändern die Festigung der Staatsideologie und den wirtschaftlichen Nutzwert.

So oder anders erwies es sich, dass die Institution wohl die deklamatorische Unterstützung der grossen Organisationen und der Massenmedien hatte, aber so gut wie keine ausgewiesenen Helfer für die praktische Durchführung der Lager fand. Gleichgültig bis antagonistisch zeigten sich insbesondere die Literaturlehrer an den Schulen. Die grossangelegte Bewegung ist zur unverbindlichen Freizeitgestaltung verplätschert.

Laut Radio Budapest (6.12.1980) ist der Lesestandard von Kindern und Jugendlichen innerhalb der letzten Jahre sicherlich nicht gestiegen und wahrscheinlich noch gesunken. Jetzt verlangt man Leseförderung statt Leselager. ■

«Aushilfsdrogen» in Ungarn

Eine paradoxale Sorge haben die ungarischen Rauschmittelbekämpfer: der «interessierten» Jugend fehlt es an Geld zum Kauf von harten Drogen. Um so besser, sollte man denken. Aber nein, es ist um so schlimmer. Denn die finanzschwachen Teenagers experimentieren mit Ersatzstoffen und Kombinationen. Diese sind immer gefährlich und zuweilen tödlich.

Eines der «Experimente», über welche die ungarische Presse in einer Kampagne berichtet, besteht darin, dass man medizinische Mittel zusammen mit Alkohol einnimmt; wenn man das mit verschiedenen Lösungsmitteln kombiniert, werden Wirkung und Gefahr noch gesteigert.

Anderswo inhaliert man den Dunst von erhitztem Leim aus einer Plastiktüte oder auch An-

ästhesiegase, die mit Zutaten gemischt werden. Die Folgen sind Nervenschäden; auch einzelne Todesfälle wurden schon registriert.

Gleichzeitig erobern sich aber doch die herkömmlichen Drogen den schwarzen Markt. Zwar bleibt Ungarn für die grossen internationalen Rauschgiftringe wegen seiner geringen Aufnahmefähigkeit unattraktiv, weil es der potentiellen Kundschaft an Geld mangelt, aber als Schmuggler und Dealer betätigen sich zum Beispiel ausländische Touristen. Zwischen 1977 und 1981 wurden 25 Heroin- und Haschischhändler verhaftet; nur einer von ihnen war Ungar. So der Staatsanwalt Jozsef Iglei in Radio Budapest.

Für das zunehmende Interesse der Jugend am Rauschmittelkonsum machen die ungarischen Medien u.a. die Discoklubs verantwortlich. Aus dem Westen seien Schallplatten eingeschmuggelt worden, auf denen der LSD-Genuss glorifiziert werde.

Indessen, so meint Staatsanwalt Iglei, brauche man bei alledem nicht die Proportionen zu verlieren. Staatsfeind Nr. 1 sei und bleibe der Alkohol. lh

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 39.- jährlich (Ausland Fr./DM 42.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.-
(Ausland Fr./DM 28.-)

Einzelnummer Fr. 2.- (Ausland Fr./DM 2.50)

Sätze

aus «Literaturnaja gaseta» und «Ogonjok» (Moskau)

Vom Horizont: je breiter, desto dunstiger.

Der Kunde hat immer recht. Nur weiss es der Verkäufer nicht.



Der Gast ist König... («Literaturnaja gaseta», Nr. 45/80)

Ihren Kopf zu wetten, fällt den Kopfloren leicht.

Das Rad der Fortuna dreht sich auch für euch kleine Leute. Aber schmieren müsst ihr es.

Wer angesichts einer Gemeinheit die Arme sinken lässt, macht eben damit «Hände hoch».

In Anbetracht der implizierten Namen wollen wir hier keine Namen nennen.

Jedem, der im Geschäft «Ossinka» einen Ladenhüter gekauft hat, sagt der Geschäftsführer persönlich: «Danke für Ihren Besuch.»

«Alles fließt.» Die altehrwürdige Wahrheit bestätigt sich am besten im neugebauten Wohnblock.

Was ist Schläfrigkeit am Arbeitsplatz denn anderes als eine Berufskrankheit?

Was muss ein König tun, um von der Nachwelt nicht vergessen zu werden? Er muss nackt spazieren gehen.

herunter und mache 50 Menschen glücklich.» Vorne im Cockpit sagt der Pilot zum Co-Piloten: «Los, wir beide ziehen die Fallschirme an. Ich lasse die Maschine abstürzen und mache 50 Millionen Menschen glücklich.»

Ungarn

Kadar erkundigt sich bei Breschnew: «Wie viele Reaktionäre gibt es bei euch in der UdSSR?» — «Etwa zehn Millionen.» — «Das beruhigt mich aber. Bei uns sind es nämlich auch nicht viel mehr.»

Was ist der kürzeste Weg, um aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszukommen? — Die Autobahn Budapest—Wien.

Das Politbüro will die Anliegen der werktätigen Bevölkerung erfahren und hat dazu eine Delegation von Arbeitern eingeladen. Sie wünschen sich die Einführung des Gulaschkommunismus. Kadar ist höchst erstaunt: «Aber das ist ja unsere ungarische Hausmarke, Genossen; den gibt es hier doch schon lange!» Die Arbeiter staunen ihrerseits: «Wir haben noch nichts davon gemerkt.» Kadar: «Ihr dürft das sozialistische Verteilungsprinzip nicht vergessen: den Gulasch für uns, den Kommunismus für euch.»

Die Russen sind in Polen einmarschiert, und Lech Walesa flüchtet nach Ungarn. Dort bittet er um politisches Asyl. Kadar bedauert: «Leider nichts mehr zu machen, Kamerad; es geht da um die Konsequenz. Soeben haben wir das Asylgesuch von Karl Marx zurückweisen müssen.»

Die Okkupation Polens ist vollzogen, und die sozialistische Ordnung soll auch in Ungarn gefestigt werden. Der Sowjetbotschafter in Budapest bittet Kadar zu sich: «Angesichts der Umstände ist dein Rücktritt angebracht, Genosse. Ich übernehme einstweilen die Geschäfte.» Kadar seufzt ein bisschen: «Wenn ich daran denke... Ihr selber habt mich doch 1956 eingesetzt; ich habe die Konterrevolution überwunden, das Land normalisiert: alles für euch...» Der Sowjetbotschafter schüttelt seinen Kopf über soviel Begriffsstutzigkeit: «Das ist es ja eben, Genosse, ganz genau. Es wird wirklich höchste Zeit, dass auch Ungarn endlich seine Souveränität beweist.»

Ungarn ist mit der Begleichung seiner Schulden für die sozialistische Aufbauhilfe der Sowjetunion in Rückstand geraten. Breschnew berät Kadar. «Ihr produziert doch Fleisch und Paprika. Das exportiert ihr alles in den Westen, und mit den Devisen könnt ihr uns den Ausstand abgelden.» Kadar zögert: «Schon, aber wenn unsere Leute keinen Gulasch mehr kriegen...» Breschnew fällt ihm beruhigend ins Wort: «Nicht doch, Genosse, wo denkst du hin? Von eurem Gulasch soll euch nichts abgehen, im Gegenteil: der wird euch dann genau so gut schmecken wie unsern Leuten der Borschtsch.»

(Der Borschtsch ist die traditionelle Fleisch- und Gemüsesuppe der Russen. Inzwischen hat man ihn von den Ueberresten der Vergangenheit weitgehend befreit.)

POLITWITZE

Vietnam

Nach dem gemeinsamen Weltraumflug eines sowjetischen und eines vietnamesischen Kosmonauten werden beide ärztlich untersucht. Man stellt beim einen wie beim andern eine starke Rötung an der rechten Hand fest, nur unterschiedlich lokalisiert: beim Russen auf der Handfläche, beim Vietnamesen auf dem Handrücken. Indessen war kein Grund zur Beunruhigung vorhanden, denn es handelte sich um ein normales Symptom. Der Russe hatte seinem Kollegen ständig auf die Finger geklopft.

(Wer nur stubenreine Politwitze schätzt, mag das folgende Exemplar überspringen; es charakterisiert die gesellschaftlichen Aufbausichten.)

In Hanoi hat man einen neuen Wohnblocktyp geschaffen, bei dem man ohne Toiletten auskommt:

— Im Parterre sind die Kinder untergebracht, und die können ihre Bedürfnisse draussen erledigen.

— Im ersten Stock leben die gewöhnlichen Werktätigen; sie haben nichts zu beissen und daher nichts zu — stuhlen.

— Im zweiten Stock logieren die Studenten; sie können tagsüber auf der Universität.

— Im dritten Stock wohnen die verdienten Schriftsteller und Künstler; sie bewerben einander ohnehin mit ihrem Dreck.

— In der obersten Etage tun es die Fenster, denn da sind die Funktionäre daheim, und die lassen ihre Produktion immer auf das Volk herunter.

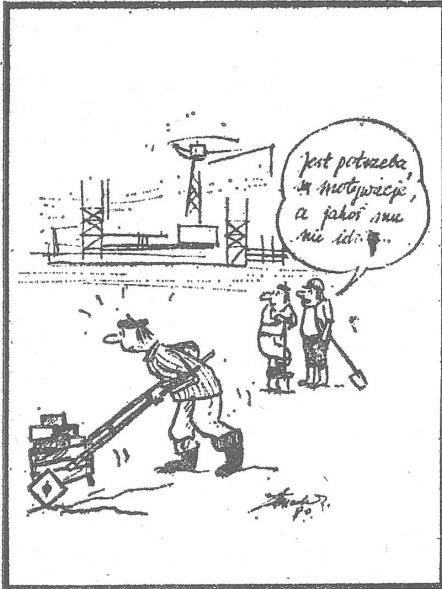
(Ho Chi Minh hat dem vietnamesischen Volk eine Weisheit hinterlassen: «Es gibt nichts, was kostbarer wäre als Freiheit und Unabhängigkeit.» Auf dieses Vermächtnis nimmt der folgende Witz Bezug.)

Pham Van Dong (Ministerpräsident) stirbt. Im Jenseits begegnet er Ho Chi Minh und meldet ihm: «Wir haben schon den ersten Teil deines Testaments erfüllt.» — «Ja?» — «Ja: Es gibt nichts.»

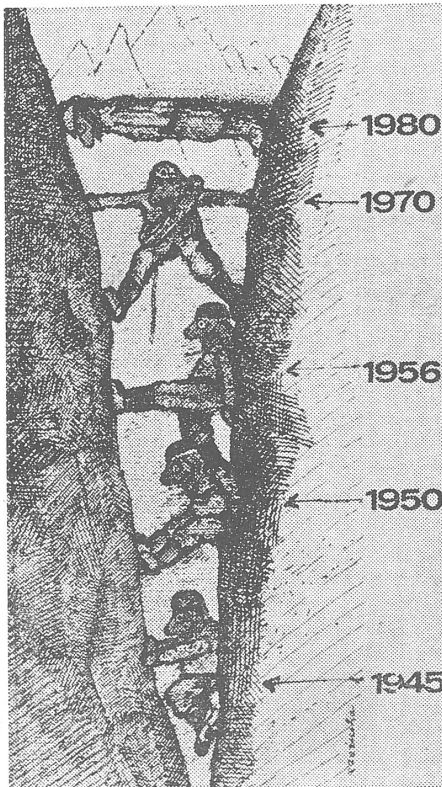
Vietnam hat sein erstes eigenes Auto entwickelt, Modell Tschai Kah. Schon steht der Prototyp zur Probefahrt bereit. Feierlich erfolgt das Startzeichen. Ein mächtiges Dröhnen, aber der Wagen rührt sich nicht vom Fleck. Man holt eilends Experten. Sie können keinen Fehler finden; alles ist nach Vorschrift gemacht. Schliesslich greift man auf die Hilfe eines alten Mönchs zurück und lässt den Kontakt zu Lenin herstellen. Und der weiss Rat: «Ihr solltet nicht die ganze Energie auf die Hupe leiten.»

Die vietnamesischen Führer fliegen gemeinsam über das Land, um die Verhältnisse zu überblicken. Sie sehen, wie die Leute für spärliche Lebensmittel zu hohen Preisen anstehen, und wollen eine gute Tat vollbringen. Parteichef Le Duan sagt: «Ich werfe eine Note von 50 Dong herunter und mache wenigstens einen Menschen glücklich.» Staatschef Nguyen Hu Tho: «Ich werfe 10 Noten von 5 Dong herunter und mache 10 Menschen glücklich.» Regierungschef Pham Van Dong: «Ich werfe 50 Noten von 1 Dong

Nur keine Panik



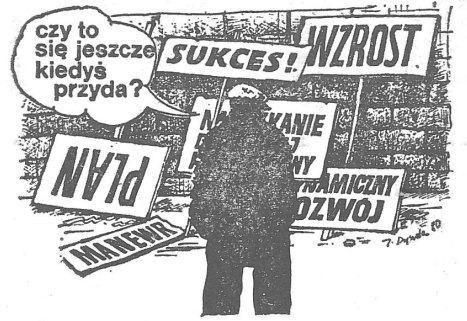
Die Arbeit muss weitergehen - im bestehenden System. «Es ist nötig und autorisiert, aber irgendwie läuft es ihm doch nicht recht.» (8. 2. 1981)



Die Grenze des Aufstiegs zwischen den Wänden. (8. 2. 1981)



«Achtung, Achtung! Wir bitten solange Ruhe zu bewahren, bis die Panik ausgerufen wird!» (1. 2. 1981)



Die altbewährten Lösungen. Auf den Tragtafeln steht: Erfolg, Wachstum, Manöver, Entwicklungsdynamik und - wenn auch schon kopfstehend - Plan. «Ob das noch einmal zu gebrauchen sein wird?» (1. 2. 1981)

«Szpilki», Warschau

Weil der sozialistische Realismus leider auch real sein kann.

Die Ameise singt:
«Von morgen an beginnt das neue, grosse Leben.» (1. 2. 1981)



Die Zeit der Reuebekundungen. «Die Diagnose zeigt, dass sich der Patient so stark auf die Brust geschlagen hat, dass es zu Rippenbrüchen und inneren Verletzungen gekommen ist.» (8. 2. 1981) Oder sollte diese Diagnose für das ganze Land gemeint sein?